

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES VERWALTUNGS- UND BAUAUSSCHUSSES AM 03.05.2016

Sitzungsdatum: Dienstag, den 03.05.2016
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:38 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Bürgermeister Stefan Güntner

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Dr. Stephan Küntzer

Stadträtin Hiltrud Stocker

Vertretung für Herrn Carlo Bank

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Astrid Glos

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Manuel Müller

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

Vertretung für Herrn Dietrich Hermann

Stadtrat Dr. Uwe Pfeiffle

KIK-Stadtratsfraktion

Stadtrat Thomas Steinruck

ÖDP-Stadtratsfraktion

Stadtrat Jens Pauluhn

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Hans Schardt

Ortssprecher

Ortssprecher Dieter Pfreuzinger

Ortssprecherin Anna Schlötter

Schriftführerin

Verwaltungsfachangestellte Franziska

Schlier

Berichterstatter

Bauingenieur Oliver Graumann

Stadtplaner Christian Pohl

Entschuldigt:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Siegfried Müller

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Carlo Bank

Stadtrat Thomas Rank

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Dietrich Hermann

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Verwaltungs- und Bauausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Verwaltungs- und Bauausschuss ist somit beschlussfähig.

Stadträtin Dr. Endres-Paul appelliert aus Gründen der Gesundheit nochmals an alle Mitglieder des Ausschusses wie gesundheitsschädlich die Strahlenbelastung durch Mobilfunkmasten ist. Sie erinnert an das Mobilfunkkonzept, welches bis heute nicht fortgeschrieben wurde. Weiter bemängelt sie, dass bestehende Masten zurückgebaut werden und an anderen Standorten neue Masten mit höherer Strahlenbelastung entstehen. Seinerzeit wurde das Durchführen von Messungen zugesagt, welche noch immer nicht vorliegen. Ganz besonders kritisch sieht Stadträtin Dr. Endres-Paul den Antrag zur Errichtung des riesigen Mastes in der Nähe von Hoheim.

Stadtrat Freitag moniert ebenfalls, dass das Konzept nicht fortgeschrieben wurde und keine Messungsergebnisse vorliegen, da dadurch zum jetzigen Zeitpunkt wenig gegengewirkt werden kann. Weiter erfragt er, weshalb die Fortschreibung nicht erfolgt, da die Mittel bereits im Haushalt eingestellt sind.

Bürgermeister Güntner informiert, dass die Messungen in der Königsberger Straße noch nicht erfolgen konnten, da der Mobilfunkpakt nicht verlängert war. In dieser Woche sei aber der Förderbescheid eingegangen, so dass diese nun beauftragt werden können.

Stadträtin Dr. Endres-Paul erfragt, ob dies jetzt noch sinnvoll sei, da der Mast schon steht. Sie schlägt vor, die Messungen in der Innenstadt vorzunehmen, um den Marktturm eventuell als einzigen Standort anzustreben.

Nach ausführlicher Diskussion zur Fortschreibung des Mobilfunkkonzeptes sagt Bürgermeister Güntner zu, Oberbürgermeister Müller aufzufordern, auf die Firma zuzugehen und die Fortschreibung des Konzepts in seiner Zuständigkeit zu beauftragen.

Stadtrat Pauluhn kritisiert die getrennte Behandlung der TOPs, da es im gesamten betrachtet werden müsse. Er kann kein gegenseitiges Einvernehmen erkennen. Des Weiteren moniert er, dass TOP 2 keine Kenntnisnahme sein könne, woraufhin Bürgermeister Güntner klarstellt, dass es sich lediglich um die Mitteilung des Sachstandes handle und demnach die Kenntnisnahme richtig sei.

Stadträtin Glos schließt sich den Aussagen ihres Vorredners an und stellt den Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes 2 „Information über neuen Mobilfunkstandort, Hindenburggring Süd 1“, um diesen ausgiebig beraten und zu späterem Zeitpunkt eine Entscheidung treffen zu können.

abgelehnt

dafür 3 dagegen 9

Dem Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 2 öffentlich von Stadträtin Glos wird stattgegeben.

Bauamtsleiter Graumann betont abschließend, dass die Tagesordnungspunkte auf Grund vorheriger Diskussionen des Arbeitskreises erstellt wurden. Die konkreten Anträge wurden nach öffentlichen Belangen und unter Berücksichtigung der Gesetzeslage bewertet, liegen vor, können besprochen, diskutiert und vom Verwaltungs- und Bauausschuss abgestimmt werden.

1. Genehmigung der nichtöffentlichen und öffentlichen Niederschrift des Verwaltungs- und Bauausschusses vom 07.04.2016

Stadtrat Marstaller moniert, dass bei TOP 2 öffentlich „Bauvorhaben Galgenmühle“ die nachträgliche Änderung des Lärmschutzgutachtens im Beschluss ersichtlich sein müsste.

Bürgermeister Güntner stellt klar, dass der Beschluss auf Grundlage des alten Gutachtens erfolgt ist. Demnach kann das Protokoll nicht auf Grund nachträglicher Ergänzungen im Lärmgutachten verändert werden. Bürgermeister Güntner schlägt vor, Stadtrat Marstaller solle diese Hinweise in der nächsten Fraktionsvorsitzendenbesprechung thematisieren, so dass möglicher Weise durch den neuen Sachverhalt eine Behandlung im Stadtrat begründet werden könnte.

beschlossen dafür 12 dagegen 0

Die Niederschriften der nichtöffentlichen sowie der öffentlichen Sitzung des Verwaltungs- und Bauausschusses vom 07.04.2016 gelten gemäß Art. 54 Abs. 2 GO als genehmigt.

**2. Mobilfunk;
Information über neuen Mobilfunkstandort Hindenburgring Süd 1**

Stadtplaner Pohl geht an Hand der Sitzungsvorlage ausführlich auf die Sachlage ein.

Auf Hinweis von Stadtrat Pauluhn, dass das Resümee der Sitzungsvorlage auf Grund der Ergebnisse des Arbeitskreises Mobilfunk nicht korrekt sei, stellt Bürgermeister Güntner ergänzend die Richtigkeit des letzten Absatzes wie folgt dar: „Seitens des Arbeitskreises Mobilfunk wurde über die Türme hinaus kein konkreter Alternativvorschlag unterbreitet, da das Konzept fortgeschrieben werden soll. Sobald genauere Informationen zum konkreten Aufbau des Standorts vorliegen, wird das Gremium und die Öffentlichkeit informiert.“

Stadträtin Dr. Endres-Paul regt an, aktiv auf die Betreiber zuzugehen und die Strahlenbelastung messen zu lassen, um Rückschlüsse auf die Versorgung erkennen zu können.

Nach kurzer Diskussion sagt Bürgermeister Güntner zu, auf die Mobilfunkbetreiber bezüglich des Standortes am BayWa-Gebäude zuzugehen, um die Anzahl der Standorte möglichst gering zu halten.

Stadtrat Pauluhn bittet die Alternativvorschläge des bestehenden Konzepts zu berücksichtigen und den Betreibern zu unterbreiten.

Ohne Abstimmung

Der Verwaltungs- und Bauausschuss nimmt den mündlich ergänzten Sachvortrag Nr. 2016/098 zur Kenntnis.

3. Mobilfunk; Grundsatzbeschluss über Mobilfunkstandort im "alten Marktturm" in der Kitzinger Innenstadt

Bürgermeister Güntner erläutert kurz die Sachlage, informiert, dass der Arbeitskreis Mobilfunk den vorgeschlagenen Standort befürwortet und bittet das Gremium um Zustimmung.

Nach kurzer Diskussion im Gremium, sagt Bürgermeister Güntner der Ergänzung des Beschlussentwurfes unter Ziffer 3 zu und stellt diesen zur Abstimmung.

beschlossen dafür 12 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2016/099 wird Kenntnis genommen.
2. Der Verwaltungs- und Bauausschuss stimmt der Nutzung des Baudenkmals „alter Marktturm“, Marktstraße 32, als innerstädtischem Standort für Mobilfunksendeanlagen unter den in Punkt 2 des Sachvortrags genannten Voraussetzungen grundsätzlich zu.
3. Sollte die Deutsche Telekom einen weiteren Standort in der Innenstadt in Anspruch nehmen wollen, ist dies erst möglich, wenn ein abgestimmtes Gesamtkonzept für weitere Standorte vorliegt.

4. Mobilfunk; befristeter Ersatzstandort in der Herrnstraße

Bürgermeister Güntner erläutert ausführlich die Sachlage. Anschließend geht Stadtplaner Pohl auf einige Verständnisfragen aus dem Gremium ein.

beschlossen dafür 12 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2016/100 wird Kenntnis genommen.
2. Der Verwaltungs- und Bauausschuss stimmt der Erteilung einer Befreiung nach § 21 Abs. 1 der Satzung über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen im Altstadtbereich der Kreisstadt Kitzingen (Gestaltungssatzung) für die zeitlich befristete Errichtung einer Mobilfunksendeanlage am Standort Herrnstraße 11 zu.
3. Die Befreiung wird befristet bis zum 30.09.2016 erteilt.

**5. Mobilfunk;
Errichtung eines Mobilfunkmastes im Außenbereich nordwestlich von Hoheim**

Stadtplaner Pohl geht ausführlich auf die Sachlage ein, informiert, dass der Mobilfunkanbieter für das betroffene Grundstück einen Mietvertrag abgeschlossen habe, der Bauantrag nun vorliege und es sich um ein Vorhaben handle, das im Außenbereich generell zulässig sei. Außerdem liegen keine Belange vor, die beeinträchtigt werden. Insofern müsste dem Antrag die Zustimmung erteilt werden.

Auf mehrfache Anfrage aus dem Gremium, erklärt Bürgermeister Güntner, dass die Verwaltung davon ausgehe, dass der Betreiber den anliegenden Aussiedlerhof über das Vorhaben informiert hat, kann es aber nicht sicher zusagen, da aus baurechtlicher Sicht die entsprechenden Abstände eingehalten wurden.

Stadtrat Pauluhn wird dem Beschlussentwurf nicht zustimmen, da das Mobilfunkkonzept einen Abstand von mindestens 300 Metern zur Wohnbebauung vorsieht. Die Mobilfunkbetreiber haben im Dialogverfahren den Kommunen und Bürgern zugesichert, miteinander zu reden und auf deren Belange einzugehen. Stadtrat Pauluhn ist der Meinung, dass in diesem Zusammenhang der Betreiber ohne größere Beeinträchtigung des Versorgungsziels die zusätzlichen 70 Meter einhalten hätte können. Bezug nehmend darauf, könnte als öffentliche Belange der Gesundheitsschutz benannt werden.

Stadtrat Steinruck informiert über seine Gegenstimme und begründet dies insoweit, dass er der Ansicht ist, dass auf Grund des § 35 BauGB eine Verhinderung des geplanten Mastes durchaus möglich wäre, beispielsweise begründet durch öffentliche Belange.

Bauamtsleiter Graumann stellt klar, dass es sich hierbei um ein privilegiertes Vorhaben im Außenbereich handle und auf dieser Grundlage sei es absolut genehmigungsfähig - planungs- und ordnungsrechtlich stehe dem nichts entgegen.

Stadtrat Steinruck fügt alternativ hinzu, dass möglicher Weise durch Art. 8 BayBO (Verunstaltung des Landschaftsbildes durch bauliche Anlagen) eine Ablehnung begründet werden könnte.

abgelehnt dafür 4 dagegen 8

1. Vom Sachvortrag Nr. 2016/101 wird Kenntnis genommen.
2. Der Verwaltungs- und Bauausschuss stimmt der Errichtung des geplanten Mobilfunkmastes auf Flurstück Nr. 6044, Gemarkung Hoheim, im Außenbereich (§ 35 Abs. 1 Nr. 3 BauGB) zu.

6. Sonstiges

**6.1. Information durch Bürgermeister Güntner;
Bewerbungsmöglichkeit Gründerzentrum**

Bürgermeister Güntner berichtet, dass der Verwaltung sehr kurzfristig die Mitteilung zugegangen ist, dass es einen Wettbewerb für ein kommunales Gründerzentrum mit einer Bewerbungsfrist bis zum 13.05.2016 gebe. Das Bauamt werde nun in Erfahrung bringen, welche Unterlagen bis zu dieser Frist eingereicht werden müssen, da die Verwaltung für Kitzingen eine große Chance in diesem Programm sieht.

Stadträtin Glos bittet auf Grund der Wichtigkeit, die Bewerbung für dieses Programm priorisiert zu bearbeiten.
Bürgermeister Güntner sagt dies zu.

**6.2. Bitte von Stadtrat Dr. Küntzer;
Fahrradschutzstreifen Bahnunterführung**

Stadtrat Dr. Küntzer bittet die Verwaltung, die Situation an der Bahnunterführung mit der neuen Einführung von zweiseitigen Fahrradschutzstreifen zu beobachten, ob sich die neue Regelung bewährt, da er die Situation auf Grund der eingeschränkten Fahrbahn für schwierig hält.

Bauamtsleiter Graumann betont, dass die Situation ohnehin beobachtet wird, da es sich um ein „Modellprojekt“ handelt, welches es in der Art in Kitzingen noch nicht gibt.

Stadtrat Pauluhn spricht sich für die neue Lösung aus und ist der Ansicht, man sollte dem eine Gewöhnungszeit geben, bevor darüber diskutiert wird.

**6.3. Hinweise von Stadtrat Schardt;
Verlängerung der Pfeile auf der Johann-Adam-Kleinschroth-Straße**

Stadtrat Schardt bittet den Bauhof kurzfristig zu beauftragen, die Pfeile auf der Johann-Adam-Kleinschroth-Straße vor der Unterführung zu verlängern.

Bauamtsleiter Graumann sagt dies zu.

**6.4. Hinweis von Stadtrat Schardt;
Auffahrt Glauberstraße**

Stadtrat Schardt ist der Ansicht, dass das Provisorium an der Auffahrt zur Glauberstraße nur insoweit zurückgebaut werden sollte, dass es weiterhin zweispurig bleiben kann und bittet den Bauhof entsprechend zu beauftragen.

Dieser Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

**6.5. Anfrage von Stadtrat Müller;
Zeitplan Gartenstraße**

Auf Anfrage von Stadtrat Müller bestätigt Bauamtsleiter Graumann, dass die Maßnahmen der Gartenstraße im Zeitplan seien und auch das Zusammenspiel mit den Anwohnern sehr positiv zu bewerten sei.

**6.6. Beschwerde von Stadtrat Müller;
Aufreißen von Gehsteigen wegen Breitbandausbau**

Stadtrat Müller moniert, dass immer wieder neue Gehsteige für Rohrverlegungen im Bereich Breitband nach kurzer Zeit aufgerissen werden und bittet künftig generell und aktuell in der Gartenstraße Leerrohre einzubauen, um diese anschließend an mögliche Versorger verkaufen zu können.

Bauamtsleiter Graumann informiert, dass die Versorgungsunternehmen vor der-

artigen Maßnahmen immer abgefragt werden. Wenn spätere Rohrverlegungen erforderlich sind, könne ihnen dies aber nicht verwehrt werden.
Stadtrat Pauluhn fügt ergänzend hinzu, dass nach Abfrage der Versorger bei Straßenerneuerungen diese beispielsweise darauf hingewiesen werden könnten, dass nach Maßnahmenabschluss innerhalb der darauffolgenden zehn Jahre keine Verlegung von Rohren möglich ist.

Bürgermeister Stefan Güntner schließt die öffentliche Sitzung um 19.38 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Schriftführerin

Stefan Güntner
Bürgermeister

Franziska Schlier
Verwaltungsfachangestellte